

1. Rente bald erst mit 70?

Alle Jahre wieder: In Deutschland wird erneut über das Renteneintrittsalter debattiert. Während der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums kürzlich eine zaghafte Anhebung auf 68 Jahre befürwortete, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das Arbeitsleben bis zum 70. Geburtstag auszudehnen. Nur so bleibe die Umlagerente finanzierbar.



Die steht bekanntermaßen vor dem Problem, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Ruheständler immer länger finanzieren müssen. Wenn die Rentenbeiträge nicht mittelfristig explodieren sollen, muss entweder das Rentenniveau stark sinken – oder die Menschen müssen länger arbeiten. Unabhängig davon, ob Reformvorschläge wie der Einbezug von Beamten und Selbstständigen umgesetzt werden. Im Gespräch ist auch der Vorschlag, das Renteneintrittsalter automatisch im Gleichschritt mit der statistischen Lebenserwartung anzuheben.

Außer Frage steht, dass die gesetzliche Rente zukünftig bei immer weniger Ruheständlern für einen auskömmlichen Lebensstandard reichen wird. Private Vorsorge ist daher für die meisten Bundesbürger unverzichtbar.

2. Trotz Pflegereform: Eigenanteile von Pflegebedürftigen dürften kaum sinken

Mitte Juni verabschiedete der Bundestag – nach nur halbstündiger Debatte – eine Pflegereform, in deren Folge die Pflegekräfte ab 2022 besser bezahlt werden. Gegenfinanziert wird mit einem Beitragsaufschlag von 0,1 Prozent für Kinderlose und einem Milliardenzuschuss aus der Bundeskasse. Der Eigenanteil von Pflegeheimbewohnern wird gedeckelt –

was zunächst nach einer guten Nachricht klingt.

Sowohl Verbraucherschützer als auch mehrere Wirtschafts- und Pflegeverbände halten das jedoch für eine Mogelpackung. So errechnete der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), dass trotz der Entlastungen schon in zwei Jahren wieder der derzeitige Durchschnitts-Eigenanteil von über 2.100 Euro erreicht sein wird (zum Vergleich: Die durchschnittliche gesetzliche Rente liegt bei rund 1.500 Euro). vzbv-Vorstand Klaus Müller findet drastische Worte: „Das, was die Bundesregierung nach vier Jahren Arbeit kurz vor Schluss vorlegt, ist eine Ohrfeige für Betroffene.“ Private Pflegevorsorge, etwa in Form einer Pflegetagegeldversicherung, bleibt nach wie vor essenziell.

3. Tief „Bernd“ legt Versicherungslücken offen

Im Rückblick wirkt es fast prophetisch, was der Hauptgeschäftsführer des Versicherer-Gesamtverbands GDV, Jörg Asmussen, am 8. Juli verlauten ließ: „Es hat sich erneut gezeigt, welche großen Schäden Hagel und Starkregen innerhalb kürzester Zeit anrichten können.“ Damit bezog er sich auf die Unwetter, die im Juni im Südwesten Deutschlands Schäden von 1,7 Milliarden Euro verursacht haben – seit 2002 hatte es nur einmal eine kostspieligere Sturmserie gegeben. Erfasst sind allerdings nur versicherte Fälle, die tatsächlichen Schäden lagen deutlich höher. Asmussen warnte – im Einklang mit dem Gros der Klimaforscher – vor zunehmender Häufigkeit und Intensität solcher Extremwetterereignisse.

Nur eine Woche später bestätigten sich diese Befürchtungen auf schlimmste Weise, als Tief „Bernd“ mit Dauerregen und Überschwemmungen in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen für eine Katastrophe sorgte, deren Ausmaß auch Pessimisten kaum für möglich gehalten hatten. Mehr als 170 Todesopfer sind nach jetzigem Stand zu beklagen.

Wie hoch der Sachschaden ausfallen wird, lässt sich noch nicht beziffern. Klar ist aber: Mehr als die Hälfte der Hausbesitzer ist auf staatliche Hilfen angewiesen, da sie nicht gegen Elementargefahren wie Starkregen und Hochwasser versichert sind. Diese Risiken sind von der Standard-Deckung einer Wohngebäudeversicherung nicht umfasst, sondern bedürfen einer erweiterten Naturgefahrenversicherung. Diskutiert wird nun, nicht zum ersten Mal, ob der Gesetzgeber eine solche Absicherung vorschreiben sollte.

4. Gefahr von Cyberangriffen noch immer unterschätzt

Hackerattacken finden selten den Weg in überregionale Medien – wie Mitte Juli, als der Landkreis Anhalt-Bitterfeld seine gesamte IT infolge einer Cybererpressung abschalten musste und noch nicht mal Sozialhilfe anweisen oder E-Mails versenden konnte. Diese schlagzeilenträchtigen Fälle bilden nur die Spitze des Eisbergs, wie eine forsa-Umfrage kürzlich erneut belegt: 27 Prozent der mittelständischen Unternehmen waren bereits von einer erfolgreichen Cyberattacke betroffen. Bei 39 Prozent von ihnen waren die Computersysteme für mindestens vier Tage außer Betrieb; dieser Anteil hatte im Vorjahr noch bei 20 Prozent gelegen.



Dessen ungeachtet halten 70 Prozent die Gefahr aus dem Cyberraum für ihr eigenes Unternehmen für gering – und betreiben nur halbherzig Prävention. Lediglich jedes fünfte Unternehmen macht Nägel mit Köpfen und erfüllt die zehn Basis-Anforderungen an IT-Sicherheit, wie sie von der Initiative CyberSicher definiert werden. Vor allem bei der Datensicherung hapert es. Auch eine Cyberpolice,

die nicht nur finanzielle Schäden ersetzt, sondern zudem bei der Prävention unterstützt, haben in Deutschland nur wenige Unternehmen und Privatpersonen abgeschlossen.

5. 400 Milliarden Euro Erbmasse – Jahr für Jahr

In einer Gemeinschaftsstudie schätzen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Deutsche Zentrum für Altersfragen und die Uni Vechta das Volumen der jährlich vererbten Vermögen für die kommenden Jahre auf 400 Milliarden Euro. Im Schnitt entfallen bei Erbschaften 85.000 Euro auf einen Hinterbliebenen, während bei Schenkungen zu Lebzeiten 89.000 Euro pro Begünstigten den Besitzer wechseln.



Bei der Gestaltung des Erbens und Schenkens gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die Steuerlast deutlich zu reduzieren, etwa mit Fondspolizen. Diese müssen allerdings gewisse Gestaltungsmerkmale aufweisen: keine feste Vertragslaufzeit, mehrere Versicherungsnehmer und versicherte Personen, flexible Bezugsrechte. Einige Gesellschaften bieten speziell auf den intergenerationellen Vermögenstransfer zugeschnittene Fondspolizen an.

Spezialisierte Generationenberater und Ruhestandsplaner unterstützen bei der steuerschonenden Weitergabe von Vermögen, wobei sie nach Bedarf weitere Fachleute wie Steuerberater oder Rechtsanwälte hinzuziehen.

6. Wo lohnt sich der Wohnimmobilienkauf noch?

Die Preise für Wohnimmobilien haben bekanntermaßen in vielen Teilen Deutschlands ein Niveau erreicht, das mit den zu erwartenden Mieteinnahmen erst nach mehreren Jahrzehnten gedeckt werden kann. Die konkrete Jahres-

anzahl – Vervielfältiger genannt – ist ein zentrales Kriterium bei einer Kaufentscheidung. In manchen Gegenden Deutschlands bekommt man Mietwohnungen für das Zwölfwache der Jahresnettokaltmiete (Sachsen-Anhalt), in anderen muss man das 75-Fache (Nordfriesland) berappen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Wertentwicklung einer Immobilie, die erheblich zur Gesamtertragsrate eines Investments beitragen kann.



Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut hat Kaufpreisniveaus, Vervielfältiger und zu er-

wartende Wertsteigerung in allen Kreisen und kreisfreien Städten unter die Lupe genommen. Die besten Investitionschancen gibt es demzufolge in Teilen Niedersachsens (Landkreise Gifhorn, Grafschaft Bentheim, Lüneburg, Osnabrück, Rotenburg/Wümme) und Schleswig-Holsteins (Herzogtum Lauenburg) sowie in einigen Kreisen in Hessen (Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Offenbach), Rheinland-Pfalz (Alzey-Worms, Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim), Baden-Württemberg (Waldshut, Tuttlingen) und Bayern (Straubing-Bogen). Die Analysten verweisen allerdings auf Regulierungsrisiken infolge der Bundestagswahl, da die steigenden Mieten weit oben auf der politischen Aufgabenliste der neuen Regierung stehen dürften

Für Rückfragen zu den genannten Themenbereichen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung und freue mich über Ihren Rückruf. *Wenn Sie die Informationen zukünftig nicht mehr erhalten möchten, so geben Sie mir einfach einen Hinweis unter Kontakt.*

Ihr

Haftungsausschluss:

Alle Angaben in dieser Publikation basieren auf Quellen, die wir für verlässlich halten. Trotzdem können wir keine Garantie für Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit übernehmen.

[Impressum](#) / [Kontakt](#) / [Datenschutz](#)

Fotos: Pixabay

Ansprechpartner:

Dierk-Otto Vof

Kieler Str. 13
24631 Langwedel

Fon: 04826 - 375 93 24

Fax.: 04826 - 375 93 25

Email: info@vcc-makler.de

Home: www.vcc-makler.de

Register-Nr. [D-HRYH-HLVUA-85](#)

